

## **Erklärung von Susanne Hennig-Wellsow, LinksBlick! 2/2016, 2.6.2016**

### Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts

Die Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts hat im Landesverband Diskussionen ausgelöst und wichtige Fragen gestellt, die viele Genossinnen und Genossen sehr beschäftigen.

Der allgemeine Rechtsruck in der Bundesrepublik Deutschland, der sich gerade in den jüngsten Landtagswahlen deutlich gezeigt hat, macht uns große Sorge, bedarf einer intensiven Debatte und daraus abgeleiteter Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit als Partei, als Fraktionen auf den verschiedenen Ebenen und als Regierung.

In den Aussagen des Koalitionsvertrages zur Frage der Aufarbeitung der Geschichte der DDR und zur Beschreibung des Unrechts, das es zweifellos in der DDR auf den verschiedensten Ebenen gegeben hat, wird ausdrücklich festgehalten, dass es nicht darum geht persönliche Biographien zu entwerfen und Lebensläufe abzuwerten. Die Lebensleistung von vielen Millionen Menschen kann und darf nicht geschmälert werden. Auch ein Gedenktag an die Opfer des SED-Unrechts wird daran nichts ändern.

Die geschichtliche Aufarbeitung erfordert, sich kritisch mit der DDR, ihrem System und ihrem Unrecht auseinanderzusetzen.

Der 17.6. war und ist voller Gegensätze, je nach persönlichem Erleben oder Ost-/West-Sozialisation. Für die einen war es ein konterrevolutionärer, faschistoider Putschversuch mit vielen aktiv handelnden Westdeutschen unter irreführenden Arbeitern. Für die anderen war es die blutige Niederschlagung des Volkswillens durch die Staatsmacht mit Hilfe der Sowjets. Es gab wohl von allem etwas. Dieser Tag hatte sehr viele Facetten und wurde in der DDR zum Anlass für eine Reihe von Repressalien und Schauprozessen genutzt. Im Westen war es immer die Darstellung der bösen DDR.

Der Gedenktag soll nicht nur auf den 17. Juni abzielen, sondern soll daran erinnern, dass fehlende Rechtsstaatlichkeit und eine Einparteienherrschaft immer dazu führt, dass demokratische Grundprinzipien ausgehöhlt werden. Immer wenn große Teile der Bevölkerung von der Meinungsbildung ausgeschlossen sind, dann führt das zu Fehlentwicklungen, gesellschaftlicher Stagnation und rechten Tendenzen.

Aus dieser Sicht sind die Lehren aus dem Scheitern des Sozialismus auch heute in der Bundesrepublik hoch aktuell. Wollen wir ernst machen mit der Geschichtsaufarbeitung der DDR, kommen wir nur schwer am 17. Juni vorbei. Tun wir es nicht selbst, führen uns andere vor.

Wie nun weiter mit der Geschichtsdebatte im Landesverband? Darüber wird der Vorstand am 17.6. 2016 beraten und wir laden euch herzlich ein, eure Sichtweisen in diese Debatte einzubringen.

Susanne Hennig-Wellsow,  
Landesvorsitzende